

Goldfische Zeitung

Nr. 586.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 195.

Abgabe für Halle und Magdeburg 2,00 M., für die Provinz 3 M., für das Ausland 4 M. Die Goldfische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Druck- und Verlagsort: Halle a. S., Gutenberg-Druckerei, Gutenbergstraße 10. In der Verlagsanstalt: Dr. Walter Griebenauer, in Halle a. S., Gutenbergstraße 10.

Montag-Ausgabe

Anzeigen-Abgaben für die in der Zeitung erscheinenden Anzeigen: für die erste Zeile 10 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 6 Pf., für die vierte 4 Pf., für die fünfte 3 Pf., für die sechste 2 Pf., für die siebente 1 Pf., für die achte 1 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebenzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die achtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf., für die einhundertste 1 Pf., für die zweihundertste 1 Pf., für die dreihundertste 1 Pf., für die vierhundertste 1 Pf., für die fünfhundertste 1 Pf., für die sechshundertste 1 Pf., für die siebenhundertste 1 Pf., für die achthundertste 1 Pf., für die neunhundertste 1 Pf., für die tausendste 1 Pf.

Montag, 15. Dezember 1902.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 7. Telefon Amt Va. Nr. 1444. Druck und Verlag von Otto Zöfel in Halle a. S.

Aus dem Reichstage.

Wieder fand man sich am Sonabend um 10 Uhr Morgens zusammen. Man hoffte mit dem Zolltarif fertig zu werden, und man setzte es auch durch. Der Eisenbahner Antragsaus Berlin konnte zunächst das deutsche Parlament in einer Weise, die alles bisher Dagewesene an Albernheit und Stumpfheit übertrifft. Zu Anfang der Sitzung erklärte Graf Bülow die Zustimmung der verbundenen Regierungen zu der beschlossenen Fassung des Gesetzes. Er führte aus, häufig von ironischen Zwischenrufen unterbrochen, daß die verbundenen Regierungen dem Antrag Karborff in allen Dingen zustimmen, daß sie sich selbst mit der Aufhebung der ständigen Kontrolle einverstanden erklären und nichts einwenden gegen den Entschluß, um die Heberhölzer der fassenden Parteien für die Arbeiter zu gewinnen. Wiederholt unterbrechen ihn die Sozialdemokraten auf das Schärffste, so daß er sich genötigt sieht, mit einem kleinen einportigen Knäuel auf den Tisch an den Anstand zu appellieren. Ihm folgt als Redner Eugen Richter, der noch einmal seine Theorien entwickelt, jedoch trotz einer gewissen Eleganz seiner Ausführungen ebenso wenig die Aufmerksamkeit zu fesseln mag, wie sein Nachfolger Mollenhuth, der fündelnd alles wiederholt, was er und seine Freunde bereits zum Überdruß gesagt haben. Auch Herr Barth hat das Bedürfnis, seinen zahllosen Reden noch eine weitere hinzuzufügen, ein Umstand, dem die Kollegen eifrig begegnen, um ihr Bedürfnis nach dem Mittagessen zu befriedigen. Aber sie wurden in ihrer Verbauung durch die Glöde gestört, die plötzlich das Zeichen gab, daß der Kanzler rede. Er sprach besser als vorher, ein wenig frisch und sogar ein wenig polemisch. Einerseits hatte er das Bedürfnis, sich zur Mitwirkung der Verhandlung zu bekennen, andererseits wies er die Anfechtung hin, daß sie nur die Wünsche des Auslandes bezeuge, wenn für Deutschland stets als besonders verträglich hinstelle. Diesmal fand der Kanzler beim auch wiederholten Befehl. Unter wilden Schreien der Anwesenden hielt die Rede, die sich dem Reichstage zuwenden sollte, mit heiler Stimme zum Kampfe heraus. In einer kurzen Erklärung theilte Herr Bülow mit, daß die Polen der Vorlage zustimmen werden, und bald darauf wurde mit 206 gegen 118 Stimmen der Beschluß der Generaldebatte angenommen. Mit einer langen Geschäftsordnungsdebatte, in der auch Herr Vachon trotz Singers aberner Drohungen ungeföhrt sprechen konnte, trat man in die Spezialdebatte ein, die wieder durch die Ueberreichung zahlreicher sozialistischer Anträge eingeleitet wurde.

Und dann ging der „Genossen“ Antrags trauriger Stern auf. Um 4 1/2 Uhr ergriß er das Wort, der Eisenbahnerführer aus der Berliner Eisenbahngesellschaft, dessen Name von heute ab von Glanz der parlamentarischen Berühmtheit umhüllt ist. Er hat den höchsten im Deutschen Reichstage bisher dargelegenen Nachdruck und selbst den Freund Stöckhagen als anerkennende Stimmgabe weit hinter sich gelassen. Herr Antrags sprach und sprach Stunde um Stunde, nur um zu sprechen, lediglich in der Absicht, die Verachtung am Sonabend nicht zu Ende kommen zu lassen, sondern noch eine Sitzung am Montag zu erzwingen. In der Mehrheit fanden sich Elemente, die der Verlegung garrnisch zu obgenen waren. Das Uebermaß der unglückseligen Anträge verleitete jedoch nicht auf ihren Widerstand hervor. Wie durch die Obstruktion im Ganzen wurde durch die Anträge die Dauer der Mehrheit in diesem einzelnen Falle zu Gegenmaßnahmen zusammengekommen.

Allen Seiten konnte man auf den Tribünen folgen hören; jetzt mag die Mehrheit machen, was sie will, man kann ihr nichts überreden. Nur Herr Antrags und seine Parteifreunde hatten das Gefühl dafür nicht. Der Reichstagschef Graf Bülow „ah mit mehreren Staatssekretären vom frühen Morgen bis zum späten Abend — kurze Unterbrechungen abgesehen — auf seinem Platze. Jeder konnte die Entschlossenheit sehen, der Obstruktion das Terrain nicht zu lassen, aber Herr Antrags redete unentwegt weiter. Hatte er auf das Verlangen des elektrischen Lichts gewartet? Der Präsident hatte Vorleser getroffen, die abgenutzten Stühle der Bogenlampen wurden allmählich der Reihe nach ausgedreht. Allein Herr Antrags redete weiter. Mächtig wurde er länger er sprach, die Empörung der Mehrheit um so größer, aber sie ließ es sich in mühevoller Selbstüberwindung nicht merken. Herr Antrags hat den Ruhm, die längste Rede Stadttagens noch um viele Stunden übertrieben zu haben. Ein trauriger Ruhm, mühsal die Zeit zu vergeuden, geschäftlich die einzelnen Positionen, und nur von Zeit zu Zeit, wenn er der Reden recht eindringlich den „Geistismus der Mehrheit“ zu Gemüthe führen will, wie sie den Volks- Millionen aus der Tasche zieht, dann steigert sich seine Stimme. Kurz nach Mitternacht ertönt plötzlich die elektrische Klingel, und wie mit Außerordentlich werden die zahlreichen Schlichter müde, der Saal fällt still und eine gewisse Erregung macht sich bemerkbar. Von der Reden werden geräusche „Rufe“, „Rufe!“ hörbar, die von der linken mit ebenso geräusche „Rufe!“ beantwortet werden. Genossen ertönt Graf Bülow. „Rufe hören und brüllen!“ löst es freudig von seinen Lippen, und fast feterliches Schmelzen senkt sich wieder auf die Versammlung. Um 12 Uhr 35 Minuten, genau acht Stunden, nachdem Antrags begonnen, ertönt die elektrische Klingel — das erlösende Zeichen, daß die Dauerrede zu Ende. Unter dröhnendem Bravo und ver-

einzeltem Säbellschlag seiner Freunde steigt Herr Antrags die Stufen herunter und empfängt die Glückwünsche seiner Freunde. — Dann beantragt Herr Antrags den Schluß der Debatte. Der Saal ist wieder dicht gefüllt, die Mehrheit hält tapfer aus. Herr Antrags verlangt namentliche Abstimmung, und mit 234 gegen 73 Stimmen und einer Stimmenhaltung wird der Beschluß abgelehnt. Bevor es nun zur Abstimmung über den § 1 des Tarifgesetzes kommt, erhebt sich ein Streit über die Uebertragung auf Tagesordnung über die Abänderungsanträge der linken.

Wie wir einem Theil unserer Leser schon gestern durch Extrablatt bekannt geben konnten, erledigte der Reichstag nach 18 1/2stündiger ununterbrochener Sitzung die dritte Lesung der Zolltarifvorlage. Das Haus nahm die Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit dem Antrag Gerold an. Die Tarifvorlage wurde in endgültiger Gesamtabstimmung mit 202 gegen 100 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. (Minutenlanges Bravo der Mehrheit. Fürsprache bei der Minorität.) Reichstagschef Graf Bülow und Staatssekretär Graf von Posadowski wurden vielfach beglückwünscht. Schluß um 4 1/2 Uhr früh. Nächste Sitzung am 13. Januar 1903.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Dezember.

* Einem offiziellen „Rückblick“ auf den Kampf um den Zolltarif, der trotz der Antrags Stimmfussion-Neben zu Ende gegangen ist, giebt die „Vorw. Allg. Ztg.“. Nach den einleitenden Bemerkungen heißt es in dem Regierungs-Artikel folgendermaßen:

Die Frage, welche Gestalt das große Reformwerk als Basis für die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen des Reiches zum Auslande erhalten soll, hat die öffentliche Aufmerksamkeit, zumal in den letzten Monaten, so überwiegen auf sich gelenkt, daß alle anderen innerpolitischen Probleme, wie bedeutsam sie auch sein mögen, in den Hintergrund gedrängt wurden. Aus dieser Lage der Dinge ergab sich von selbst, daß der rücksehende Beobachter der jüngsten Vergangenheit auf innerpolitische Gebiete sein Augenmerk fast allein durch solche hervorzuhebenden Erscheinungen angezogen sieht, die unmittelbar oder mittelbar mit den lebhaften Auseinandersetzungen über die Frage des Zolltarifs im Zusammenhang stehen.

Es würde zu weit führen und keinem praktischen Zwecke dienlich sein, wollte man sämtlichen Wendungen der nunmehr zum Abschluß gekommenen Kämpfe um die einzelnen Positionen des Zolltarifentwurfs nachgehen. In ihrer letzten Phase ist Zweifelstisch scharf zu unterscheiden. Auf der einen Seite handelte es sich um die sachliche Verständigung zwischen den verbundenen Regierungen und der Mehrheit des Reichstages über die freitragenden Punkte, die einerseits für die verbundenen Regierungen und Mehrheitsparteien annehmbarer Gestaltung des Zolltarifs bis dahin im Wege standen; auf der anderen Seite galt es, eine formelle Behandlung des Gegenstandes in Reichstages zu finden, durch die die Bestimmungen der Verfassung, das Zustandekommen des neuen Zolltarifs zu unterbreiten, paralytisch werden konnten. Was die Verständigung über die sachlichen Dispositionen anlangt, so wurde sie auf der bekannten Grundlage erzielt. Die Mehrheitsparteien verzichteten, von patriotischen Rücksichten auf das Gemeinwohl geleitet, auf die Geltendmachung gewisser Sonderwünsche und begnügten sich mit den Erreichbaren, während die verbundenen Regierungen, den von der Mehrheit geäußerten Wünschen, soweit angängig, entgegenkommend, auf ihrem Entschlusse beharrten, der Landwirtschaft und dem Gewerbfleiß Deutschlands den erforderlichen Zollschutz zu sichern und die Möglichkeit des Abschlusses neuer günstiger langfristiger Handelsverträge offen zu halten. Der Kern, den ein Theil der ausländischen Kreise sichtbar, seitdem die Vollendung des neuen deutschen Zolltarifs, die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen in nahe Zukunft gerückt ist, vermag nicht den Eindruck zu erwecken, daß es deutsche Interessen sind, denen die Erheber des Arms ihre Sorge widmen. Im Uebrigen ist auch bei handelspolitischen Auseinandersetzungen mit dem Auslande festzuhalten, daß nicht die „mehr oder minder drohende Gefährdung der Druckerstände auf Papier“ maßgebend ist, sondern die realen Interessen der Staaten und Völker, nach Billigkeit gegeneinander abgemessen, den Ausschlag geben.

Die Frage, wie die Mehrheit des Reichstages ihren Willen gegenüber der obstruierenden Minderheit durchzusetzen für richtig hielt, gehörte, so lange sich die Mehrheit auf dem Boden der Verfassung bewegte, ausschließlich vor das Forum der Volksvertretung selbst. In England, wo das Statut verfassungsmäßig den regierenden Ausschuss der Mehrheit des Parlaments giebt, pflegt die Regierung von Fall zu Fall auch Änderungen der Geschäftsordnung vorzuschlagen, wenn ihr solche zur Erreichung gesetzgeberischer Zwecke angebracht erscheinen. Bei uns dagegen ist in der Reichsverfassung die Ordnung des inneren Geschäftsanges des Reichstages vorbehalten, und entscheidend ist hier naturgemäß der Wille der jeweiligen Mehrheit. Dies hat sich nun, um ihren Entschlüssen hin-

sichtlich der Zolltarifvorlage Geltung zu verschaffen, genötigt gesehen, zwei Änderungen der seitigen geschäftsordnungs-mäßigen Gepflogenheiten eintreten zu lassen. Durch den angenommenen Antrag Antrags wurde das getraubene mündliche Verfahren der namentlichen Abstimmungen wesentlich abgeändert, indem an Stelle des Auftrags jedes einzelnen Abgeordneten die schriftliche Abstimmung eingeführt wurde. Die zweite Änderung, die sogenannte lex Gerold, beschränkt die Verschiebung der Verhandlungen durch die Bestimmung, daß es dem freien Ermessen des Präsidenten anheimgestellt wird, ob ein Abgeordneter das Wort zur Geschäftsordnung erhält, sowie durch die fernere Vorschrift, daß Neben zur Geschäftsordnung fünf Minuten nicht überfordern dürfen. Der Abgeordnete Gerold hat überdies für den Fall der Nothwendigkeit weitere Verschärfungen der Geschäftsordnung in Aussicht gestellt.

* Von den Nationalliberalen. Dem Abgeordneten Vaffermann als Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion sind eine solche Menge von Zusatzen gegenüber dem Antrag Karborff ausgesagt, daß er außer Stande ist, den Parteifreunden im Lande einzeln zu danken. Die „National. Korresp.“ ist beauftragt, statt dessen Herrn Vaffermanns Dank zum Ausdruck zu bringen.

* Der weitere Ausbruch des Handelsvertragsbereichs hat mit 60 gegen 6 Stimmen den besetzten Antrag abgelehnt, sich für die Regierungsvorlage zu erklären. — Dann wird sie halt ohne die Approbation des Portemonnaie-Bereichs Gesetz werden müssen!

* Die Reichstagsferien sollen bis zum 13. Januar dauern, da an diesem Tage frühestens der Etat eingebracht werden kann. Auf die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre sollen Petitionen gesetzt werden.

* Der engere Vorstand des Bundes der Landwirthe hat an die Reichstagsmänner ein Resolutionsentwurf schreiben über seine Haltung zum Zolltarif gefordert, in welchem es nach der „Deutsch. Tagesztg.“ u. a. heißt: Der Bund der Landwirthe muß auf ein weiteres Zusammengehen mit denjenigen politischen Parteien und Abgeordneten verzichten, welche seine wichtigsten Ziele durch Annahme des Antrags v. Karborff preisgeben.

Das führende Organ der deutschen Konföderation, die „Agr. Ztg.“, bemerkt hierzu:

Der engere Vorstand des Bundes der Landwirthe hat einen Antrag gegen diejenige Resolution der Konföderation angenommen, die aus gewissenhafter Ueberzeugung der Landwirtschaft und dem Gemeinwohl dadurch an Wehen zu dienen glaubten, daß sie der Verständigung über die Zolltariffrage beizutreten, so sehen wir dieser Kundgebung entgegen. Wenn dieser Antrag wirklich sein will, hängt nicht allein vom engeren Vorstande, sondern vielmehr von der Mitgliedschaft des Bundes der Landwirthe ab. Ob diese in überwiegender Zahl geneigt sein sollte, einen Versuch mit der konföderativen Partei anzugehen, wird vorläufig in Frage abgewartet werden können.

Das Parteiblatt der Reichspartei, die „Post“, erklärt

folgendes: Es ist abzuwarten, ob diese aggressive Taktik des Bundesvorstandes gegenüber der Konföderation nicht innerlich des Bundes selber überläßt und Wahrung findet. Es fehlt nicht an Symptomen, daß auch in Bundeskreisen die Nothwendigkeit des Kompromissanges Karborff in vollem Maße abgesehen ist. Am nächsten werden vorerwähnt das Blatt folgende Zusätze aus Wägen:

Der Reichstagsvorschlag des Bundes der Landwirthe für den obersten Reichstags Hof erklärt im „Hof. Anzeiger“ folgende Erklärung: „Obgleich ich überzeugt bin, daß der Zolltarif nicht die berechtigten Forderungen der deutschen Landwirtschaft erfüllt, so bin ich doch der Meinung, daß derselbe solange in wesentliche Verbesserungen für die Landwirtschaft enthält: 1. Die Erhöhung des Generaltarifs für alle Erzeugnisse der Landwirtschaft, 2. die Einführung von Werthzöllen für Weide, 3. die Einführung von Gewichtszöllen für alle anderen Vieharten, 4. die Einführung von Uebertragungsgebühren, 5. die wesentliche Bekämpfung der gemischten Privatantizipen, 6. die Aufhebung aller Zollbefreiungen bei der Einfuhr von Getreide, 7. die sofortige Stilllegung der Einfuhrzölle bei der Einfuhr von Getreide, 8. Herabsetzung der Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe. Da nach Mittheilungen des Reichstagschefs der Landwirtschaft zur Zeit nicht mehr geboten werden kann, wenn Handelsverträge, die im Interesse der Allgemeinheit nöthig sind, zu Stande kommen sollen, so vertritt ich die Ansicht, daß auch alle der Landwirtschaft wohlthätigen Abgeordneten die rechtzeitige Berücksichtigung des Zolltarifs eintreten müssen. Die Centralisierung des Bundes der Landwirthe anderer Meinung ist, ich aber meine Ansicht für begründet erachte, lege ich mein Amt als Reichstagsvorschlag des Bundes der Landwirthe nieder und trete aus dem Bunde der Landwirthe aus. Rittergut Hoford, 8. Dez. 1902. Grabner.“ — Dieser Standpunkt, so bemerkt der „Hof. Anz.“, der sich genau mit dem anderen abhebt, und einflußreicher Landwirthe und Großgrundbesitzer des Reiches und ist beruhigend, wie er auch jüngst in der Aufsicht der Landwirtschaftsrat zum Ausdruck gekommen ist.

* Der Kaiser unternahm Freitag Vormittag einen Spaziergang im Park von Sanssouci. Nach Tisch machten beide Majestäten einen Spaziergang. Zur Abendstunde war Admiral Soltmann geladen. Sonntags Vormittag hörte der Kaiser die Vorlesung des Staatssekretärs des Reichsministeriums und des Chefs des Marine-Ministeriums. — Der Kaiser verließ dem

